

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

132 (11.6.1920)

die Zukunft... die Zukunft... die Zukunft...

Die unabhängige Sozialistische Republik

Die unabhängige Sozialistische Republik... die Zukunft... die Zukunft...

Die unabhängige Sozialistische Republik... die Zukunft... die Zukunft...

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags... die Zukunft... die Zukunft...

Neue Mitglieder der Fraktion

Neue Mitglieder der Fraktion... die Zukunft... die Zukunft...

Die Abgeordneten aus den Abstimmungsgebieten

Die Abgeordneten aus den Abstimmungsgebieten... die Zukunft... die Zukunft...

Die Veränderungen in der Fraktionsstärke

Table with 2 columns: Party name and number of members. Includes Sozialdemokraten, Unabhängige, Kommunisten, etc.

Die alte Sozialdemokratie ist auch ohne die Mandate... die Zukunft... die Zukunft...

Badischer Landtag

Badischer Landtag... die Zukunft... die Zukunft...

Rechtliche Sitzung

Rechtliche Sitzung... die Zukunft... die Zukunft...

hat, was mancherorts eine erhöhte Sterblichkeit zur Folge hatte. Im allgemeinen sei aber der Gesundheitszustand bei Personal und Patienten befriedigend; Klagen seien nur vereinzelt vorgebracht worden und auch über das Verhalten des Wartepersonals den Kranken gegenüber wurden nur vereinzelte Beschwerden laut.

Eingehend erörtert der Berichterstatter sodann den Zugang von geeignetem Pflegepersonal, der namentlich bei den Anstalten Emmendingen, Freiburg und Wiesloch ungenügend sei. Nur wer sich auch innerlich dazu berufen fühle, könne den schweren Beruf des Wärters oder der Wärterin ausfüllen. Nicht bewährt habe sich die probeweise Einführung des Nachschichtdienstes. Auch von der probeweisen Einführung der „Einheitskost“ in Wiesloch sei der erwartete Erfolg einer allgemeinen wesentlichen Besserung der Kost nicht erreicht worden. Uneingeschränkte Anerkennung verdienen die Anstaltsökonomien und der Berichterstatter rät zu erwägen, ob sie nicht zu Lehr- und Musterbetrieben ausgebaut werden könnten. Als unausgänglich wird die, namentlich in Wiesloch, von den Angehörigen erhobene Forderung bezeichnet, die Disziplinargewalt, welche allein in den Händen des Direktors liegt, zu dezentralisieren und die Abteilungsärzte für ihr Gebiet damit zu betrauen. Der Direktor sollte dann nur noch eine Berufungsinstanz werden. In dem Bericht wird dieser Wunsch abgelehnt und betont, die Autorität des Direktors müsse aufrecht erhalten werden. Auch in diesem Bericht wie schon in jenem über die Kreispflegeanstalten wird noch bemerkt, daß die Bestimmung über die Einlieferung der Leichname unbenutzter Verstorbenen in eine Anatomie, vielen Anstalten unzureichend sei. Deshalb müsse diese Angelegenheit entsprechend geändert werden.

Etwas zur Gleichberechtigung.

1. Eine Telegraphengehilfin schreibt uns: Ist das Endziel wirklich erreicht und stehen wir mit der Erzeugung der Gleichberechtigung? Nein und tausendmal nein! Der Kampf ist schwerer, als wir Frauen ihn uns gedacht haben. Einen Rückhalt haben wir allerdings an den Arbeitern, die mit uns das gleiche Los getragen haben. Aus ihren Reihen kommt die Förderung, aus ihren Reihen erhoffen wir die Verwirklichung unseres Ziel.

Liest man in der neuen Reichsverfassung den Artikel 128, worin es heißt: „Alle Ausnahmestellungen gegen weibliche Beamte werden beseitigt, die gleichen Prüfungs- und Aufnahmebedingungen und die gleiche Entlohnung mit den Männern...“ dann freut man sich als weibliche Beamtin sehr, über dieses gerechte Gesetz. Und wie mir so oft es noch vielen meiner Kolleginnen ergangen. Aber nach der Bekanntgabe des neuen Besoldungsgegesetzes ist meine Freude schnell verschwunden und hat eine bittere Sorge an ihre Stelle genommen. Ich habe und suche darin vergebens die sehnlichst erwartete Gleichberechtigung. In der Besoldungsreform hat man den Artikel 128 nicht in die Praxis umgesetzt. Barum werden Post- und Telegraphengehilfinnen nur in Gehaltsklasse 3 und erst nach zwei Jahren Anstellung, also nach elf Dienstjahren, in Gehaltsklasse 4 eingereiht? So sehr ich mich auch anstrengte, die Lösung meiner Frage kann ich nicht finden. Diese Einreihung bedeutet für uns eine ganz geringe Besserung unserer Lage. Es kommt vor, daß die eine oder andere, je nach dem Dienstalter, so hart betroffen wird, daß ihr jetziges Einkommen sogar etwas kleiner ist als vor der Neueingliederung. Bis zu Ausdruck des Krieges hat man von den Post- und Telegraphengehilfinnen höhere Schulbildung verlangt und außerdem mußten wir uns einer Aufnahmeprüfung unterziehen. Einen Vorzug nicht genügender Schulbildung kann man uns also nicht machen und zu einem weiteren Ergänzungsstudium wurden wir bis jetzt nicht zugelassen. Aus eigener Kraft weiterzukommen zu können, bestand also gar nicht, wie es z. B. bei den männlichen Beamten der Fall ist. Man verlangt aber von den weiblichen Post- und Telegraphengehilfinnen die gleiche Arbeitsleistung. Wir machen Sonn- und Feiertags- und Nachtdienst wie die männlichen Beamten auch. Ebenso ist bei der Ausübung des Telefondienstes nichts von Gleichberechtigung zu sehen. Warum wird der Orts- und Fernverkehr nur von weiblicher Kraft betrieben? Weil sich die männlichen Beamten mit Händen und Füßen dagegen wehren würden, wenn sie diese geistig anstrengende und nervenaufreibende Arbeit leisten müßten. Wenn wir weibliche Post- und Telegraphengehilfinnen bei der Revision des Besoldungsgegesetzes besser abschneiden werden, als wir es bis jetzt getan haben, dann bin ich überzeugt, daß der Staat nur gewinnen kann, denn die Schaffensfreude und der Ehrgeiz kann nur da aufkommen, wo wir überzeugt sind, daß auch unsere Sache gerecht geführt wird, damit wir die Bedeutung des großen Wortes „Gleichberechtigung“ auch kennen lernen.

Die Durchführung der bad. Besoldungsreform. In einem amtl. Artikel der „Karlsruh. Ztg.“ wird ausgeführt, daß das neue Besoldungsgegesetz für Baden hinsichtlich der Bezahlung der Beamten ganz neue Begriffe bringt und damit den Verwaltungsbehörden eine derartige Menge Arbeit, daß es ganz ausgeschlossen ist, diese in so kurzer Zeit zu bewältigen. Zunächst ist die Einreihung eines jeden Beamten in die neue Besoldungsordnung durchzuführen und, sobald dies geschehen, müssen die entsprechenden Stellen in einem Nachtrag zum Staatsvoranschlag zusammengestellt und vom Landtag genehmigt werden. Es wird betont, daß dies mit größter Beschleunigung geschehen wird. Auch im Reich, wo der Vorschlag der Besoldungsordnung viel einfacher ist als in Baden, weil dort schon bisher mit dem Besoldungsdienstalter gerechnet worden ist, hat man sich für die nächste Zeit mit einer vorläufigen Regelung abgefunden.

Nichtigstellung. Die von uns in der Nr. 129 unseres Blattes wiedergegebene Mitteilung über die Androhung eines Mißstreiks entkammt nicht der Correspondenz des Badischen Bauernbundes, wie wir irrtümlich mitteilten, sondern der Correspondenz des Badischen Bauernverbandes.

Soziale Rundschau.

Invaliden, organisiert euch!

Schon wiederholt hat die Organisation der Arbeitsinvaliden auf das namenlose Elend und die himmelsfernde Not der Invaliden, Alters- und Unfallrentner hingewiesen. Durch energisches Einschreiten hat nun die Regierung Veranlassung genommen, Änderungen an der bis jetzt bestehenden Zuweisungszulage für Invaliden, Alters- und Unfallrentner vorzunehmen. Invaliden- und Altersrentner erhalten vom 1. Juli ab zur Rente monatlich 30 M., Witwen und Waisenrentner monatlich 15 M., Waisenrentner 10 M., alle Unfallrentner die 50 % und mehr erwerbsbeschränkt sind, für die Zeit vom 1. Jan. 1920 bis 31. Dez. 1921 eine prozentual abgestufte Zulage, wenn der Unfall sich vor dem 1. Febr. 1920 ereignet hat. Die Hinterbliebenen, die vor dem 1. Jan. 1920 eine Unfallrente beziehen, erhalten auch eine Zulage.

So anerkanntswürdig die Zulagen sind, so reichen sie natürlich nicht dazu aus, daß Arbeitsinvaliden ihr Leben davon fristen können. Nur gar zu oft sind sie darauf angewiesen, den schwersten Gang, nämlich den Gang zum Armenrat, antreten zu müssen. Armenrat und Armenhaus haben im Volksmund einen herben Klang und kein Mensch hat mit ihrer Einrichtung gern etwas zu tun, auch der Arbeitsinvalide nicht.

Eine Bereinigung dieser bedrücklichen Volksgenossen ist daher eine gebietende Notwendigkeit, um ihre Interessen wirksam vertreten zu können. Der Zentralverband der Arbeitsinvaliden,

Sich Frankfurt a. M., Lehmannstraße 46, hat sich die Aufgabe gestellt, als geschlossene Macht die Interessenvertretung durchzuführen. Aber auch an alle gesunden Arbeitskollegen lassen wir den Ruf ergehen, die Invaliden zu unterstützen, denn auch sie wissen nicht, zu welcher Stunde sie ein Opfer der Arbeit werden. Den Leidensgenossen sei zugerufen: Schließt euch uns an! Anmeldungen sowie Auskunft erteilt gerne Karl Rüdler, Rade, Marktstr. 25.

Jugend und Sport.

Touristenverein „Die Naturfreunde“, Bezirk Mittelbaden.

An alle Ortsgruppen und Vereinsgenossen! Am kommenden Sonntag den 13. Juni findet unsere diesjährige Bezirkswanderung nach dem lieblich gelegenen Moosbrunn statt. Zu gleicher Zeit ist die Befestigung des neu erworbenen Klages der Ortsgruppe Karlsruhe mit verbunden. Die Arbeiten am Neubau schreiten rüstig vorwärts, und in Kürze wird ein weiteres Stück unserer fruchtbaren Arbeit in unsere Vereinsgeschichte einberleibt werden können. Mit Stolz können wir auf die Vergangenheit, speziell auf die letzten 12 Monate, blicken. Bis in die kleinsten Details ist unsere herrliche Bewegung gedungen. Immer mehr erkennen die Arbeiter, daß wir in erster Linie mitberufen sind, für die Freiheit des Geistes zu sorgen. Nur selten treten wir mit unsern Anhängern an die Öffentlichkeit, und muß es daher doppelte Pflicht sein, für vollständige Vereinstreue seitens der Mitglieder bestrebt zu sein. Eine Heereschau soll die Bezirkswanderung am Sonntag werden. Alle sonstigen Unternehmungen müssen zurücktreten. Freischuß auf also zur Massenwanderung an diesem Tage nach Moosbrunn. Treffpunkt 11 Uhr vormittags. Für die Ortsgruppenleitungen findet bereits um 1/2 11 Uhr auf dem Hauptplatze eine Besprechung statt. Alles muß vertreten sein.

Mit „Berg Frei“

Die Bezirksleitung.

Luftbäder.

Die Luftbäder sind so alt wie die Menschheit, obgleich den ersten Anfängen der Begriffe des Luftbades total unbekannt war, weil er in seinem paradiesischen Zustande sicherlich nicht abnen konnte, daß seine Nachkommen bereits 80 Prozent ihrer Zeit in geschlossenen Wohnräumen zubringen und ihre Körper mit hermetischer Umhüllung umschließen würden. Schon der römische Arzt Galenus verordnete Luft- und Sonnenbäder und von den Griechen wissen wir, daß ihre Gymnasien Luftbädungsplätze waren. Unsere Vorfahren, die alten Germanen, folgten vom ersten Tages ihres irdischen Daseins an für intensive Abhärtung durch Wasser und Luft. Die Kultur des Mittelalters kannte die Luftbäder nicht. Sie mußten erst wieder erndet werden und zwar hauptsächlich die Winterbäder an Benjamin Franklin und Hufeland an.

Der weltbekannte Arzt Dr. Lehmann in Dresden hat das Luftbad dem Heiltschätze der Wissenschaft einberleibt und das meiste für die allgemeine Verbreitung in Deutschland beigetragen. In die Tat umgesetzt haben es dann lange Jahre für die Allgemeinheit nur die Naturheilvereine, indem sie allerdings die Licht-Luftbäder mehr als Erholungsstätten für Gesunde und zur Vorbeugung gegen Krankheiten sich dachten. Durch die Schaffung von Licht-Luftbädern nahmen diese so oft geschnitten und über die Notwendigkeit der Abhärtung unter großen finanziellen Opfern die Aufgabe der Abhärtung der Körpererziehung und der Kräftigung der Gesunden intensiv in Angriff und sie haben dadurch unserm Volke etwas geleistet, was erst heute in seiner vollen Bedeutung erkannt wird. Nur wenige Stabherstellungen sind in Erkenntnis der Wichtigkeit der Luftbäder für die Volksgesundheit dem Besetze der Naturheilvereine gefolgt, oder haben deren Unternehmungen unterstützt. So vor allem in vorbildlicher Weise vor 10 Jahren schon Durlach und vor 6 Jahren auch unsere Landeshauptstadt Karlsruhe. Bei der Beratung der Vorlage über die Errichtung des hiesigen Schwimmbad- und Luftbades in Durlach hob der Stadtvorstand Lichtbäder in seiner Begründung hervor:

„Was wir an Geld in ein Schwimmbad oder Luftbad hineinstecken, werden wir sicher im Laufe der Zeit an Krankenhäusern sparen.“

Wer die Freiluftbewegung als eine der wertigsten einem jeden von uns ohne Weiteres zugängliche Möglichkeit erkannt hat, dem umschweifenden Volkswürger Schwimmbad zu entrinnen, der wird jede Gelegenheit wahrnehmen, um dem Staub der geschlossenen Räume und Straßen zu entfliehen. Jeder Schrebergarten kann das Luft-Lichtbad einermöglichen erleben und zwar umso besser, je mehr die Inhaber sich freimachen von ihrer hermetischen Umhüllung. Vielleicht ließe sich durch eine großzügige Anlage von Schrebergärten jeweils in Verbindung mit Spiel- und Rasenplätzen in der ganzen Umgebung unserer Stadt eine Erholungsstätte schaffen für Groß und Klein, Jung und Alt welche die Licht-Luftbäder vollständig ersetzen. Bei den unerschwinglichen Fahrpreisen werden diese Anlagen neben den schon bestehenden Luftbädern auch für die Sonntags- Erholungs- möglichkeiten bieten, die in ihren Wirkungen für die ganze Familie auch heute noch bei weitem nicht genügend gesichert sind. Jetzt ist der günstigste Zeitpunkt mit Licht-Luftbädern zu beginnen. Wer nicht in seinem Garten einen heraus aus der großen städtischen Staubwolke, heraus ins „Karlsruher Paradies Welt und Süd“, in das Stadt- Licht-Luftbad am Rheinhofen und das Licht-Luftbad des Naturheilvereins hinter dem neuen Bahnhof.

Fußball. Auf dem neu umgärteten Sportplatze treten sich am Sonntag zwecks Austragung eines Wettspiels um die Meisterschaft im Südwestkreis der Engpassmeister F.-C. Germania Dillweihenstein und der Meister im Gau Mittelbaden B. f. V. Südstadt gegenüber.

Aus dem Lande.

a. Sandweiler, 7. Juni. Ueber eine hier am 3. Juni statt gefundene Zentrumsvorversammlung brachte die „Bad. Volksg.“ einen Bericht, der der Wichtigkeit bedarf. Es wird da behauptet, ein sozialdemokratischer Diskussionsklub sei als „Sprecher der heiligen sozialdemokratischen Partei“ aufgetreten. Wir bemerken dazu, daß von unserer Partei kein Sprecher bestellt worden war. Der betreffende Genosse äußerte aber in durchaus sachlicher Weise seine gegenteilige Ansicht wozu ihm doch offensichtlich in einer öffentlichen Wählerversammlung das Recht zusteht. Die giftige Entgegnung des Herrn Wicar Paul Rombach in der Versammlung wie auch in der „Bad. Volksg.“ beweisen am besten, welche einen wunden Punkt unser Genosse berührt hatte. Wir denken deshalb gerne über die wenig geistlichen und noch weniger christlichen Anreize des Herrn Wicar den Mantel christlicher Nächstenliebe.

Manheim, 10. Juni. Ein Student reiste in einem Gasse der Oststadt eine Schußwunde. Diese war geladen und entzündet. Der Schuß ging dem Studenten in den Unterleib und er erlag seinen Verletzungen.

Radolfzell, 11. Juni. Beim hiesigen Hafen landeten letzter Tage zwei italienische Flugzeuge, deren Führer glaubte,

auf schweizerischem Gebiete zu sein. Nach kurzem Aufenthalt flogen die Flugzeuge wieder auf. Sie waren vom Luge Maggiore aufgestiegen und auf einem Fernflug nach St. Gallen begriffen.

Konstanz, 11. Juni. Der Streik der städt. Arbeiter ist nach kurzer Dauer beendet worden und die Arbeit wurde in allen Betrieben wieder aufgenommen, nachdem der rasch zusammengetretene Stadtrat beschlossene hatte, den neuen Tarifvertrag so schnell wie möglich in Kraft zu setzen.

Tagung des badischen Philologenvereins.

In den letzten Waiatagen fand in Offenburg die Haupt- und Landesversammlung des Bad. Philologenvereins statt, zu der über 200 Mitglieder aus allen Landesteilen erschienen waren. Das Unterrichtsministerium war durch Geh. Rat Kuenzler vertreten. Der Vorsitzende des Bad. Philologenvereins Direktor Armbruster-Mannheim eröffnete die Verhandlungen, die sich zunächst um die stärkere Organisation, Umgestaltung der Sitzungen drehten und an die sich ein Vortrag über die Praktikantenfrage anschloß. Direktor Armbruster erklärte sich bereit, den Vorsitz trotz gesundheitlicher Bedenken noch bis zur Erledigung der wichtigsten Besoldungsordnung weiterzuführen, worauf der Gesamtverband bis dahin in seiner alten Zusammenfassung wiedergewählt wurde.

Die wichtigste Angelegenheit der Tagung war die Erörterung des Themas über die Bewegungsfreiheit der Schule. Referate hierzu hatten Direktor Bucherer-Forsheim und Geh. Rat Direktor Seith-Freiburg übernommen; ersterer für das Gymnasium lehrer in der Hauptsache für die Oberstufe, letzterer die höhere Schulen und Universitäten betreffend. Zur Behandlung dieser Fragen, besonders der Fühlungsnahme zwischen Universität und Schule und der Bewegungsfreiheit wurden besondere Ausschüsse gebildet. Schließlich hörte die Versammlung noch einen Vortrag von Prof. Hürt-Durlach über die Besoldungsreform über Fragen der Organisation des Beamtentums und über die Stellung des Philologenvereins innerhalb des Beamtentums.

Im weiteren Verlauf der Tagung wurde dann schärfer Protest erhoben, daß bei der Vorbereitung der Reichsschulkonferenz für eine ganze Reihe von sehr wichtigen Fragen, die in das Leben der höheren Schulen tief einschneiden, die deutsche Philologenschaft nicht in ausreichendem Maße gehört worden ist. — Prof. Dr. Dürr-Heidelberg sprach sodann über die Fragen der Eltern- und Schülereingabe und über solche, welche die höheren Schulen und Universitäten betreffen. Zur Behandlung dieser Fragen, besonders der Fühlungsnahme zwischen Universität und Schule und der Bewegungsfreiheit wurden besondere Ausschüsse gebildet. Schließlich hörte die Versammlung noch einen Vortrag von Prof. Hürt-Durlach über die Besoldungsreform über Fragen der Organisation des Beamtentums und über die Stellung des Philologenvereins innerhalb des Beamtentums.

Tagung des Badischen Bäderverbandes.

Der Badische Bäderverband, der gegenwärtig 52 Bädern mit rund 3000 Mitgliedern umfaßt, hielt in der vergangenen Woche nach sechsjähriger durch den Krieg verursachter Pause in Durlach wieder einen Verbandstag ab. Auf der Tagesordnung standen mehrere sehr wichtige Referate, die die schwierigen Lage des Bädergewerbes befassende Referate, die das meiste Interesse beanspruchten. So über die Besoldungsfrage sprach über Genossenschaftswesen und Hofstufenerhebung; ersterer soll nach Wegfall der Zwangsmitgliedschaft nach den für die Organisation des Großhandels maßgebenden Gesichtspunkten ausgearbeitet werden. Walter-Forsheim forderte in seinem Referat über die Lage des Bädergewerbes in der Zwangsmitgliedschaft deren alsbaldige Aufhebung, sowie die Vereinfachung des heute nicht mehr gerechtfertigten Kundenabgebotes. — Nachdem Syndikus Endres von der Handwerkskammer Karlsruhe über Sozialisierung und Kommunalisierung des Bäderwesens und über die Reichstagsarbeiten gesprochen hatte, brachte die Tagung einmütig zum Ausdruck, daß sie für das Bädergewerbe jede Sozialisierung oder Kommunalisierung entschieden ablehnt. Bei den bevorstehenden Reichstagswahlen dürfe deshalb auch kein Handwerker einer Partei seine Stimme geben, welche die Sozialisierung auf ihrem Programm hat. Der Verbandstag beschloß sich bei diesem Punkte auch mit der Fügung im Badischen Verbandstag von dem Abg. Maier-Heidelberg gegen die kleineren und mittleren Bäderbetriebe geäußerten Zweifel in Bezug auf Wirksamkeit und Sauberkeit gegenüber den Großbetrieben und legte gegen die betreffenden Ausführungen Verwehrend ein. Nach einem Referat von Strobel-Mannheim über das Behaltungsbesetzen wurde in einer Entschließung Protest erhoben gegen die Festsetzung der Behaltungszahl im Bäder- und Konditionsbewerbe. Des weiteren spricht sich die Entschließung gegen die Regelung der Behaltungsfragen im Tarifvertrag aus. Beschlossen wurde die Anstellung eines Verbandssekretärs im Hauptamt. Nach der einmütigen Wiederwahl des bisherigen Gesamtverbandes wurde Willingen als Ort für den nächsten Verbandstag bestimmt. Aus dem Geschäftsbericht ist noch erwähnenswert, daß 55 Mitglieder im Krieg gefallen sind.

Die Bädermeister sind als eine der rückständigsten Arbeitsträgergruppen hinsichtlich bekannt und auch die dringlichste Tagung unterrichtet diese alle Erfahrung aufs neue. Auch die Bädermeister werden einsehen müssen, daß es auf die Dauer nicht geht, sich neuzeitlichen Forderungen entgegenzusetzen. Bekanntlich hält die Welt in ihrem Lauf weder Doh noch Esel auf! Gerade die Bädermeister hätten alle Ursache, erst einmal innerhalb ihres Gewerbes Ordnung zu schaffen. Denn die Reichstagsabstimmung in den verschiedenen Städten sprechen doch eine zu deutliche Sprache und lassen den Sturm lauf gegen das Kundenabgebote erschütternd erscheinen.

Zur Pferdeabsicherung an die Entente. Von mehreren Pferdebesitzern, die Pferde an die Entente abgeliefert hatten und die Tiere infolge der Zurückweisung durch die französische Abnahmelommission wieder zurückverkauft, sind Anträge auf Entschädigung gestellt worden, weil die Pferde durch den Transport gelitten hätten. In einer amtlichen Presseerklärung wird nun mitgeteilt, daß eine Entschädigung in Betracht kommt, wenn den Pferdebesitzern durch die Ablieferung ein wirklicher Schaden entstanden ist. Die einlaufenden Meldungen werden daraufhin geprüft, ob die Erstattungsansprüche begründet sind.

Versammlungsfreiheit beim Zentrum. Von Herrn Wicar Sidel-Kronau geht uns zu dem Bericht in der Nr. 127 unseres Blattes über eine Zentrumsvorversammlung in Kronau folgende Mitteilung zu: Es ist unwar, daß die Frauen „Handgreiflich“ gemordet sind, und daß ich die Frauen in ihrem Kreis nach unrichtige oder anfechtbar. Unwar ist, daß ich die „Mehrwahlgenossenschaftlichen Gruppen“ arbeitstunige Lottel nannte, die das kälteste Elend in den Städten verschuldet hätten. Diese das kälteste Elend sind in der Verammlung wieder von mir noch von einer anderen Person gebraucht worden; wahr ist vielmehr, daß die Genossin, die nicht zufällig im Orte“ anwesend war, sondern eigens gerufen wurde, die Versammlung durch Zwischeneinreden störte; wahr ist, daß alle Frauen mit Recht über dieses Benehmen entrüstet waren; wahr ist, daß ich in dieser Sache nur die einzige Bemerkung machte: Die Person kann im Saal bleiben, ich erwarte aber, daß sie sich ruhig verhält und die Versammlung nicht stört.“

Nr. 132. Seite 4. Dr. ... gunde ... ungen ... den gl ... bitter ... lung ... Debatte ... wollen ... Einstim ... oberhalb ... und hat ... der W ... ersten ... nicht ... auch ... Lenden ... haud ... brost ... einberei ... beandte ... stemb ... Appetit ... so die ... über B ... tritt a ... Stamme ... die „So ... hylolo ... tung be ... milder ... schaf ... neuen H ... bracht ... der deut ... weiste ... was m ... abhän ... meinde ... in Bad ... Wirkung ... wird u ... werfsh ... am er ... seiner V ... nur er ... verkauft ... tung bei ... findet ... Schu u ... die H ... ziehen ... Als ... werden, ... die ange ... löufer, ... vorstellte ... wertloos ... Antwort ... jünge K ... siven die ... Entrütu ... warden ... haben vi ... ichtaf ... knuff. ... ten zu ... tell für ... sorgf. ... Es if ... schaft ih ... Schüben ... In die ... richtig ... Aufraf: ... Die ... 2. Monat ... Stunden ... Verband ... führt ha ... lets f ... eine t ... im Gese ... hobe w ... f. aue ... Monats ... schäftig ... meife ... sind, ich ... Nach ... det im ... liche W ... denkt, d ... eigene ... lich ge ... 12, 14, 16 ... gitation ... selben ein ... Arbeit ... Versamm ... lingsvoll ... wird u ... nummer ... geschle ... In d ... erwach ... licher Kr ... durchzu ... geschänd ... den letz ... wird die ... gehen. D ... was die ... feld für ... Einführu ...

Der Gemeindebulle als politischer Faktor.

Ort der Handlung: eine badische Dorfgemeinde, eine Weg-
gunde von Basel entfernt. Personen: ein aus Novemberstimm-
ungen zusammen geratener „sozialistischer“ Verein. Seit Bo-
then gibt es im Orte kein Fleisch mehr. Selbstverständlich Er-
bitterung unter den Bewohnern. Wichtige Vereinsversammlung.
Thema: Die mangelhafte Fleischversorgung. Lebhaftige
Debatte. Ein Mitglied stellt plötzlich den Antrag, beschließen zu
wollen, daß der — Gemeindebulle geschachtet wird.
Einstimmige Annahme und Wahl einer Deputation zum Dorf-
oberhaupt. Der Mann ist Anhänger der Koalitionsparteien
und hat, dieserhalb oder außerdem kein Verständnis dafür, daß
der Bulle geschachtet werden soll. Gründe seiner Ablehnung:
erstens, bei den schwachen Viehbeständen und bei der Notwen-
digkeit ihrer Ergänzung, ist nach den Naturgesetzen der Bulle
nicht zu entnehmen; zweitens, die Anschaffung eines neuen
Bullen würde heutzutage enorm viel Geld kosten. Und außer-
dem: der Bulle ist ein Vachter, was aber außer anderem
auch unsere besagten Vereinsmitglieder reizt, sie jedoch die
Benden, Nüden, und Nippenstücke des Bullen. Das Dorfober-
haupt lehnt kategorisch ab. Die Deputation ist müde und
braucht mit einem fürchtbaren Vereinsbeschuß. Wiederum Ver-
einsversammlung. Stürmische Debatte. Ingeblüh fallen die
vernichtenden Urteile über die Koalitionsregierung, unter deren
Regiment das Leben eines Bullen mehr gilt als der
Appetit nach Pollenbrot. Eine solche Regierung, die
solche Zustände duldet, muß hinweggesetzt werden. Stürmischer
Beifall. Wiederum ein Antrag: Sofortiger Ueber-
tritt zur Unabhängigen Partei. Gegen wenige
Einsparungsmaßnahmen angenommen. Einige Tage später teilte
die „Sozialistische Revue“ triumphierend mit, daß die grund-
satzlose, allen rechtlichen Prinzipien widersprechende Ent-
scheidung der herrschenden Koalition, und die nicht
wider traurige Haltung der nur auf die Befestigung der kap-
itulativen Gesellschaft bedachten Regierung, der U.S.P. einen
neuen Aufschwung: zunächst an revolutionärer Kampfrufen ge-
bracht habe. Bistat sequens! Es gibt noch viele — Bullen in
der deutschen Republik. Das arme Tier da oben in der Süd-
westecke erfüllt demselben noch getreulich seine Pflicht, soll aber
nichts nachdenklich, geworfen sein, als es von Anhängern der
unabhängigen Stimmen hörte, denn das Dasein als „Ge-
meindebeamter“ ist doch noch schäner, als das vorzeitige Ende
in Praxismen. Ja, ja! Bitte Ursachen können radikale
Wirkungen erzielen.

Aus der Stadt.

Zum Schuhverkauf des Gewerkschaftsartikels

wird uns noch geschrieben: Der Schuhverkauf des Ge-
werkschaftsartikels hat, wie gestern schon berichtet wurde,
am ersten Tag seines Verkaufs eine starke Beteiligung
seiner Mitglieder mit sich gebracht. Die Ware ist aber auch
nur erste Qualität und da zu den Selbstkosten
verkauft wird, ist es leicht verständlich, daß diese Einrichtung
bei unseren Gewerkschaftsmitgliedern großen Anklang
findet. Keinen Anlaß findet dies natürlich bei den
Schuhverkäufern, die eben nun leben müssen, wie
die Arbeiter ihren Bedarf durch ihre Organisation be-
ziehen.

Als eine starke Dreifachigkeit muß es jedoch bezeichnet
werden, wenn, wie es der Fall gewesen ist, zwei Herren,
die angeblich im Auftrag der Karlsruher Schuhwarever-
käufer, sich im Lokal bei unseren Arbeiterleiter Erh
vorstellten und Erhebungen machen wollten, wie das Ge-
werkschaftsartikel zu diesem Kauf gekommen sei usw. Die
Antwort wurde ihnen zuteil, wie es ihnen gehört und geben
sich einige Käufer, die gehört hatten, aus was für „edlen“ Mo-
tiven die beiden Herren ihre Nachfragen anstellten, ihrer
Entrüstung laut Ausdruck. Wenn die Karlsruher Schuh-
wareverkäufer die Arbeiterschaft weiterhin als Kunden
haben wollen, dann müssen sie eben Schuhe in der Quali-
tät und zu den Preisen verkaufen, wie es das Gewerkschafts-
artikel tut, dann wird auch in ihren Geschäften ge-
kauft. Es geht nicht an, die hohen Preise weiterhin hal-
ten zu wollen und hat deshalb auch das Gewerkschafts-
artikel für seine Mitglieder in der Weise, wie gefahren, ge-
sorgt.

Es ist nur zu empfehlen, daß die organisierte Arbeiter-
schaft ihre selbst geschaffene Einrichtung durch Einkauf von
Schuhen weitgehendst unterstützt.

An die Gesamtarbeiterschaft von Karlsruhe und Umgebung

richtet der Verband der Hausangestellten folgenden
Anruf:
Die Arbeitszeit der Hausangestellten in Bayern ist vom
2. Monat der Revolution an gesetzlich geregelt und beträgt 10
Stunden täglich. Im übrigen Deutschland vorren noch schon
Verhandlungen, die aber bis heute noch zu keinem Resultat ge-
führt haben. Nun muß man hören, daß auch die Kreise, die
heute sozial geachtet haben, für die Hausangestellten
eine tägliche 12-13stündige Arbeitsbereitschaft
im Gesetz verankert wissen wollen. Dagegen muß Protest er-
hoben werden. Wir fordern die Arbeiterschaft auf, daß ihre
Frauen und Töchter, die teils als Putz-, Wasch- und
Konditoren oder teils als Dienstmädchen jeglicher Art be-
schäftigt sind, aber auch die Männer, welche als Haus-
meister, Hausdiener und Studentenbediener, tätig
sind, sich der Organisation anschließen.

Nächsten Sonntag, 13. ds. Mts., nachmittags 4 Uhr, fin-
det im Auerhahn, Schützenstraße 58, eine große öffent-
liche Protestversammlung statt. Arbeiter be-
denket, daß die Hausangestellten und damit Tuz-
eigenen Frauen und Töchter noch keine gesetz-
lich geregelte Arbeitszeit haben, daß diese heute noch
12, 14, 16, ja sogar 18 Stunden täglich arbeiten müssen. Die
Kampfsarbeit ist bei den Hausangestellten schwierig, weil die-
selben einzeln im Dienste stehen; darum ist organisierte
Arbeit, macht eure Frauen, Töchter und Mädchen auf die
Versammlung aufmerksam, damit der Protest zu einem wirk-
sameren wird.

Zur Frage der ungeteilten Unterrichtszeit

wird uns aus Elternkreisen zu der in unserer Montag-
nummer veröffentlichten Entscheidung der hiesigen Lehrerschaft
geschrieben:
In der heutigen erdärmlichen Ernährungszeit weiß jeder
erwachsene Angestellte, wie schwierig es ist und welche Körper-
licher Kraftverbrauch es darstellt, die ungeteilte Arbeitszeit
durchzuführen. Tatsache ist es, daß 2/3 aller Personen mit der
gewöhnlichen jetzigen Ernährung zu einer intensiven Arbeit in
den letzten Stunden nicht mehr fähig ist. Bei unseren Kindern
wird die körperliche Erschlaffung noch viel größeren Umfang
nehmen. Und damit wird gerade das Gegenteil von dem erreicht,
was die Lehrerschaft zur Begründung der Einführung (1) ins
Feld führt. Die Erhaltungsgedanken werden in der zweiten
Einführungsrundung wird sich bei näherer Untersuchung nicht

halten lassen können. Haltlos ist auch die Behauptung, daß die
über die Mittagszeit ausgedehnten Arbeitsstunden bessere Er-
gebnisse bringen würden.

Die Gründe, die die Einführung der ungeteilten Arbeits-
zeit in Handel und Gewerbe uns brachten, sind völlig anderer
Natur. Hauptgründe waren Ersparung des doppelten Weges
zur Arbeitsstätte, Gewinnung von freier Zeit zur Bearbeitung
des Gartens usw. Diese Gründe kommen, ganz abgesehen von
der körperlichen Schädigung der Kinder, bei der Schuljugend
nicht in Betracht. Haben wir doch die Schulbezirke in der Stadt,
die so eingeteilt sind, daß nur ein kurzer Weg zur Schule zu-
rückgelegt werden muß. Die Ausnutzung der Kinder als Ar-
beitskräfte ist in sozialer Hinsicht zu verwerfen. Wenn die
Lehrerschaft mit Recht den Aufenthalt in frischer Luft fordert,
so frage ich, weshalb ziehen die Lehrer mit den Kindern an
schönen Nachmittagen nicht hinaus in unseren herrlichen Hardt-
wald und streben Tiere- und Pflanzenkunde in der Natur selbst?
Von unserem Stadtrat dürfen wir Eltern sozialer Einsicht er-
warten, daß er die Eltern in ihrer Mehrheit die an einen sol-
chen Plan das allergrößte Interesse haben, vor der Beschließung
hört.

Bestellende Kriegsbeschädigte auf der Messe.

Ein wenig erfreuliches Bild bot sich die letzten Tage den
Besuchern der Messe an den Zugangswegen des Markplatzes.
Vom Schlachthof an hatten sich da eine Reihe Leute mit aller-
lei Musikinstrumenten, Drehorgeln Spieluhren und dergl. auf-
gestellt, die ihre Gebreden, Verkündigungen, Blindheit usw.
zur Schau stellten und so das Mitleid der Meschbesucher zu
erregen suchten. Viele dieser bettelnden Leute gaben sich als
Kriegsbeschädigte aus, sie hofften wohl dadurch erhöhte Zumen-
dungen zu erhalten. Wenn wir nun aus nichts dagegen ein-
zuwenden haben, wenn die Leute, die auf der Messe das Geld
in geradezu sinnloser Weise verheulen und zum Fenster hinaus-
werfen, einen Teil einem verkrüppelten und elenden Witmen-
schen abgeben, so erregte es doch gerade in Kreisen der Kriegs-
teilnehmer und Kriegsbeschädigten berechtigten Anstoß, daß
Kameraden in dieser Art sich ihr Fortkommen zu verschaffen
suchten. Es besteht heute bei der vorzüglichsten Organisation,
die sich die Kriegsbeschädigten im Reichsbund der Kriegsteil-
nehmer, Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen geschaffen
haben, die Möglichkeit, daß für jeden unglücklichen Kameraden
gesorgt werden kann. Die Kriegsteilnehmer haben von Anfang
an nicht eine Gnadengabe, weder von Staat, noch Gemeinde,
noch von privater Seite verlangt, sondern lediglich die Rech-
nung also ein Kriegsbeschädigter Anliegen hat, wenn er in
Sorge ist um sein Unter- und Fortkommen, so findet er in
seiner Organisation alle Unterstützung und Hilfe. Der
Reichsbund der Kriegsteilnehmer, Kriegsbeschädigten und Hinter-
bliebenen hat sich deshalb sofort gegen diese Schaustellung
am Markplatz gewandt und wendet sich nun mit folgendem
Schreiben an die Öffentlichkeit:

In den letzten Tagen konnte auf der Karlsruher Messe be-
obachtet werden, daß sich Personlichkeiten herumtreiben, die sich
als Kriegsbeschädigte bezeichnen und insbesondere durch Ent-
blößung der Prothesen oder Schaustellung der Gliedmaßen und
Bunden das Mitleid ihrer Mitmenschen zu erregen suchen.
In Anbetracht des schändlichen Eindruckes und der Herabsetzung
der übrigen Kriegsbeschädigten haben die Vertreter des
Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegs-
teilnehmer und Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen, Orts-
gruppe Karlsruhe, im Einvernehmen mit der badischen
Kriegsbeschädigten-Fürsorgestelle bei der zuständigen Behörde
dabin gewirkt, daß Kriegsbeschädigte in Zukunft das Publikum
auf der Messe nicht mehr belästigen. Wie festgestellt wurde, be-
fand sich darunter kein einziger Vabener. Der eine
Kriegsbeschädigte aus Vabern, der den Vorübergehenden durch
Plakate und Postkarten vorzuführen, an beiden Seiten ampu-
liert zu sein, hatte nur ein Bein verloren. Ein anderer lag
am Boden, gitterte und verkaufte Postkarten und erwiderte dem
Eindruck von einer Verkümmelung, obwohl er vollständig ge-
sund und weine hat und lediglich nur an der linken Hand
verkümmelt ist. Die wirklich Kriegsbeschädigten wurden in Für-
sorge genommen; keiner hat es nötig, auf der Messe herumzu-
laufen und zu betteln. — Es wäre hier besonders von der tat-
kräftigen Unterstützung des Publikums zu hoffen, von der
Unterstützung besonderer Kriegsbeschädigten abgesehen. Diese-
ben wollen jeweils für Karlsruhe an die Bezirksfürsorgestelle
der Kriegsbeschädigtenfürsorge Zettel 40 vernichten werden.

Beitar wird uns von einer amtlichen Stelle mitgeteilt, daß
ein Wetteiler an einem einzigen Tage 280 M. einnahm;
auch die Personen, die selbstgekauften Willkür tragen, werden
als Nicht-Kriegsbeschädigte festgestellt. Debarckerweise
nahm das Publikum gegenüber den Fürsorgebeamten, die z. T.
selbst Kriegsbeschädigte sind, eine recht feindselige Stel-
lung ein und erschwerte dadurch deren Arbeit ungemein.

* Kinderpeinigung durch die amerikanische Gesellschaft der
Freunde (Quader). Freudige Besucher gab es gestern bei 2000
Volksschülern, die mit Suppenteller und Löffeln in die Schule
gekommen sind, um zum erstenmal die von der Rinderhilfskom-
mission der amerikanischen Gesellschaft der Freunde (Quader)
gestiftete Mahlzeit einzunehmen. Gestern gab es je einen hal-
ben Liter Heißbrot und ein Stück Einbrot aus Weizenmehl.
Heute wird Kakaoernte, morgen Hülsenfrüchtlerei ausgegeben.
Was der Mission der Quader zur Verfügung steht, ist erstlich-
liche Ware. Die Kinder haben 25 Bq. für die Mahlzeit zu be-
zahlen, damit die Unkosten gedeckt werden, die durch den Lebens-
mittelantransport von der hiesigen Zentrale in die Schulhäuser
entstehen.

Die 2000 Schüler, die als erste in den Genuss der edlen
Spende kommen, sind die Töchtern aus der überaus großen
Zahl der unterernährten Volksschüler und wurden vom Schul-
ort festgehalten, der an die Mission auch über den Erfolg der
Speisung zu berichten hat. Wie man hört, soll die Möglichkeit
bestehen, daß nächste Woche noch weitere 2000 Kinder mit der
Speisung bedient werden können. Die Kinder, deren Eltern, ja
die ganze Bevölkerung sind der amerikanischen Mission für ihre
Wohltätigkeit zu diesem Dank verpflichtet. Möge die Speisung
von vollem Erfolg begleitet sein.

* Der Verkehr mit Kraftfahrzeugen. Das Ministerium des
Inneren hat sich damit einverstanden erklärt, daß der Verkehrs-
bezirk der Kraftwagenfahrer und der Motorwagen der ge-
werkschaftlichen Kraftwagen bis zu 50 Km. ausgedehnt wird.

(1) Volksmannert des Lehrer-Verein. In dem Volks-
kongress zugunsten der Ferienkolonien welches der Lehrere-
senzverein am nächsten Sonntag in der Festhalle gibt, wird
an Stelle des durch Unpäßlichkeit verhinderten Herrn G. der
Lenoritz Bentur Singer mitwirken.

Nach nicht heimgekehrte Kriegsgefangene aus England,
Frankreich, Amerika, Belgien, Italien und Serbien müssen un-
verzüglich dem zuständigen Reichsamt gemeldet werden. Für
Verordnungsgemäße Erhebung der Meldungen, die nach dem
15. Juni eingelaufen, kann eine Gewähr nicht übernommen
werden. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß es sich bei
diesen Meldungen nur um einwandfrei festgestellte Kriegsge-
fangene, nicht aber um Vermisste handelt.

Wasserstand des Rheins.

Schiffersinsel 260, gef. 3; Rebs 354, gef. 6; Magau 533,
gef. 10; Mannheim 456, gef. 12 Zentimeter.

Letzte Nachrichten.

Die Wahlen zum obdenburgischen Landtag.

Berlin, 11. Juni. Bei den Wahlen zum Gesamtlandtag in
Obdenburg haben die Deutsche Volkspartei 15, das Zentrum 11,
die Demokraten 7, die Sozialdemokraten 10, die Unabhängigen
5 und der Landbund und die Deutschnationale Partei je 1 Sitz
erhalten.

Attentat auf Lenin.

Prag, 10. Juni. Ein Funktelegramm aus Moskau
meldet, daß auf Lenin ein neues Attentat verübt wurde.
Ein Soldat hatte auf ihn einen Schuß abgefeuert und ihn
an der Hand verletzt. Der Attentäter wurde verhaftet. Die
bolschewistische Zeitung „Pravda“ bestätigt die Nachricht.

Der Hauptscharfmacher Graf Westarp
durchgefallen.

Nach den vom „Reichsanzeiger“ veröffentlichten Resultaten
ist in Potsdam 11 nur der Verlagsdirektor Wulle gewählt wor-
den. Da auch im Verbands nicht die nötigen Restimmen ver-
blieben sind, ist der zweite deutschnationale Kandidat Graf
Westarp durchgefallen. Westarp war von der von Wulle und
Knüppel-Kunze geführten Opposition an die zweite Stelle ge-
drängt worden.

Massendiebstähle bei der Eisenbahn.

Düsseldorf, 11. Juni. Durch die Eisenbahnkriminalab-
teilung Düsseldorf wurden umfangreiche Güterdiebstähle aller
Art, die seit drei Jahren auf dem Düsseldorf Hauptbahnhof
ausgeführt wurden, aufgeklärt. Bisher sind 45 Beamte und Ar-
beiter verhaftet worden, darunter ein Oberbahnassistent, sechs
Kangiermeister, neun Kangierführer, fünf Lokomotivführer,
zwei Heizer, sieben Weichensteller usw. Der der Eisenbahnver-
waltung entzogene Schaden wird auf mehr als 700 000 M.
geschätzt.

Die Blutherrschaft der Bolschewiki.

Rotterdam, 11. Juni. Nach einer Meldung des
„Nieuwe Rotterdamse Courant“ jagte der Führer der eng-
lischen Arbeiterabteilung, die die russischen Zu-
stände untersucht hatten, u. a. nach, die Bolschewiki hätten
ausgegeben, daß während der Sprechenszeit etwa
8500 Menschen hingerichtet

worden seien. Diese Schreckensherrschaft sei jetzt zu Ende, aber
die Todesfrage sei für Spionagefälle wieder eingeführt. Aus-
land leide Mangel an Lebensmitteln, Kleidung, Rohstoffen
und Transportmitteln. 50 Prozent der Einwohner
hungerten. Gegen epidemische Krankheiten, die von
Typhus und Pocken werde ein Verzweiflungsk-
ampf geführt.

Briefkasten der Redaktion.

H. S. in Anielingen. Die Ergänzungsmitglieder des Ver-
triebsrats bilden den Arbeiter- bzw. Angestelltenrat nach Maß-
gabe des § 15, Absatz 3a des Betriebsratsgesetzes.

Valuta-Bericht vom 10. Juni.

Der Markkurs in der Schweiz notierte heute etwa 14,25 Cts.
Auszahlung Holland etwa 14 M. per holl. Gulden; Schweiz
etwa 7.— M. per schw. Fr.; England etwa 162 M. per Pfd.
Sterling; Frankreich etwa 8.— M. per frz. Fr.; Rußland
etwa 38,75 M. per Dollar.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landes-
wetterwarte vom 10. Juni 1920.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetter-
warte in Karlsruhe vom 11. Juni 1920: Begünstigt
durch geringe Druckunterschiede und weitere Erwär-
mung haben sich gestern neue flache Luftwirbel, vornehmlich
über Süddeutschland, entwickelt. Die bisher vorherrschenden
östlichen Winde sind in südwestliche übergegangen und
gleichzeitig ist gewitterdrohende Bewölkung aufgetreten, doch
findet nur spärliche Gewitterregen vorgenommen. In der
Ebene wurden gestern 23 Grad, im Hochgebirgsgebiet etwa 18
Grad erreicht; in der Nacht betrug die Temperatur bei uns
noch 12 Grad.

Vorausichtige Witterung bis Samstag den 12. Juni 1920:
Vorübergehend noch ziemlich heiter, einzelne Strichregen, noch
mäßig warm.

Schriftleitung: Georg Schöpslin. Verantwortlich für Ar-
tikel, politische Redaktionen und Letzte Nachrichten Ferdinand Kadel;
für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der
Partei, Gerichtszeitung und Neuesten Nachrichten Hermann Winter; für
Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genes-
senschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Giese;
für den Anzeigenenteil Oskar Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Naturfreunde.) Kommenden Sonntag
Besitzwandelung nach Mosbronn. Treffpunkt 11 Uhr am
Reutau. Abfahrt mit den Zügen der Albstadt und Staats-
bahn. Vollgültige Beteiligung seitens der Mitglieder wird er-
wartet. 4002 Die Ortsgruppenleitung.

Karlsruhe. (Deutscher Metallarbeiter-Verband.) Verwal-
tungsstelle Karlsruhe.) Am Samstag, den 12. Juni, abends
8 Uhr findet eine sehr wichtige Versammlung der Holz-,
Monteur-, Hilfsmonteur- und Keller in der „Gambinus-Halle“
(Erdbringerstraße) statt. Wir bitten um recht zahlreiches und
pünktliches Erscheinen. 4000 Die Ortsgruppenleitung.

Karlsruhe. (Gesangverein Gleichheit.) Am Freitag, 11.
Juni, abends 8 Uhr, Wiederbeginn der regelmäßigen Sing-
stunden im Singaal der Schillerstraße. Neue Chöre werden
einstudiert, und da ist es Pflicht der Sänger, alle zu erscheinen.
Am Sonntag, den 13. Juni nachmittags 4 Uhr (pünktlich),
treffen sich Sänger und Mitglieder am Tivoli zum Besuch der
Sangesgenossen von Wolfartsweiler. 4004 Der Vorstand.

Karlsruhe. (Arbeiteradfahrerverein Solidarität.) Sonn-
tag den 13. ds. M. Abfahrt zur Bezirkswanderfahrt nach Dag-
landen pünktlich 11 Uhr vormittags vom Kriegerdenkmal.
4015 Der Vorstand.

Arbeiter-Turn- und Sportbund, 3. Bezirk, Gruppe Karls-
ruhe. Sonntag, 13. Juni, vormittags 9 Uhr, im Gasthaus
zum „Sternen“ in Ettlingen, Kampfrichterübung. Die Vereine
sind verpflichtet, die bestimmten Kampfrichter unbedingt dahin
zu entsenden. Gleichzeitig ist bis spätestens Sonntag früh die
Anzahl der gewünschten Mittagsessen für 20. Juni zu melden.
Brudsal. (Naturfreunde.) Am Sonntag Besitzwandelung
nach Mosbronn. Abf. 5,42 nach Albst. Gäste willkommen.

Stotterer werden auf die am Sonntag, den 13. Juni
von 10-3 Uhr und Montag, den 14. Juni von 11-7 Uhr in
Karlsruhe im Hotel „Kuffhäuser“, Kreuzstraße 19, stattfindenden
Sprechstunden von Herrn G. Steinmetz, vom Sprach-Institut
Eugenburg, aufmerksam gemacht, der Besuch dieser Sprechstun-
den ist dringend zu empfehlen, da die Steinmetzsche Methode
sich vorzüglich bewährt. Der Besuch der Sprechstunden ist
kostenlos. 3992

